

In der Senatssitzung am 22. März 2022 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

15.03.2022

L 5

Vorlage für die Sitzung des Senats am 22.03.2022

„Wie begegnet der Senat den Belastungen und dem nachgewiesenen Verlust an Politikvertrauen bei Familien, Frauen und sozioökonomisch schlechter Gestellten im Land Bremen?“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Ergebnisse der von Sonja Bastin und Kai Unzicker in der Fachzeitschrift für Evangelische Jugendhilfe 1/2022 vorgelegten Studie „Belastungen und Politikvertrauen während der Corona-Pandemie nach Familienkontext“ und dabei insbesondere die Tatsache, dass bei Familien, hier gerade bei Müttern und sozioökonomisch schlechter Gestellten geringeres Vertrauen bzw. die größten Vertrauensverluste bei der Entwicklung ihres politischen Vertrauens zu verzeichnen sind?
2. Welche gesamtgesellschaftlichen Risiken resultieren nach Ansicht des Senats aus diesem Befund und welche Maßnahmen sieht er als geeignet, das verlorene Vertrauen in Politik und demokratische Strukturen wiederherzustellen?
3. Wie bewertet der Senat die Frauen- und Familienpolitik der Pandemiejahre rückblickend, bei welchen frauen- und familienpolitischen Themen zeichnen sich speziell für das Land Bremen aus Corona resultierende zusätzliche Handlungsbedarfe ab und um welche frauen- und familienpolitische Agenda würde der Senat den Koalitionsvertrag zum jetzigen Zeitpunkt ergänzen?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1 und 2:

Familie ist zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und daher auch für das Funktionieren der Demokratie. Die genannte Studie benennt in einem ersten Befund, dass Familien mit Kindern unter 15 Jahren und insbesondere Mütter während der Corona-Pandemie deutlich an Vertrauen in die Bundes- und Landesregierungen verloren haben sowie ihre Zufriedenheit mit der Demokratie gesunken ist.

Dies macht deutlich, dass Familien gestärkt werden müssen. Dazu benötigen sie Unterstützungsangebote – vor allem wohnortnah. Im Land Bremen gibt es viele wertvolle, niedrigschwellige Angebote von Fachkräften und Ehrenamtlichen in den Quartieren mit Zugang zu den Familien. Hier zeigt sich, wie wichtig eine starke Kinder- und Jugendhilfe im

Sozialraum ist und welchen Wert präventive Angebote wie die Familienbildung haben. Diese haben nach der Pandemie eine noch wichtigere Funktion.

Der Senat hat daher vielfältige Maßnahmen zur Stärkung der Familien, insbesondere mit kleinen Kindern, auf den Weg gebracht. Dazu gehören auf der einen Seite die Bundesmittel des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“. Darüber hinaus hat die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport das Programm „Stark im Sozialraum“ aufgelegt, das eine kurzfristige Stärkung von Angeboten im Sozialraum verfolgt. Insgesamt stehen für diesen ressortübergreifenden Ansatz im Land Bremen bis Ende des Jahres 2023 drei Millionen Euro zur Verfügung. Eingebunden sind die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie die Senatorin für Kinder und Bildung. Zur langfristigen Stärkung ist die Erarbeitung einer Gesamtstrategie „Frühe Kindheit“ vorgesehen, um durch integrierte Planung Familien und ihre Kinder noch besser zu unterstützen.

Die Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen spricht darüber hinaus gezielt Mütter und Alleinerziehende an, um coronabedingte Beschäftigungsnachteile zum Beispiel durch Qualifizierungsangebote auszugleichen. In diesem Rahmen wird auch eine flexible Kinderbetreuung angeboten.

Zu Frage 3:

Familien und insbesondere Mütter gehören zu den am stärksten durch die Corona-Pandemie belasteten Gruppen. Die Pandemie hat auch zu einer Prekarisierung der Lebensverhältnisse von Müttern geführt, die ihre Arbeitszeiten überdurchschnittlich reduziert haben. Auch dadurch kehren traditionelle, überwunden geglaubte Rollenbilder zurück.

Die Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe – und hier insbesondere der präventiven Angebote im Sozialraum – muss daher vorangetrieben werden.

Die gesellschaftspolitische Unterstützung der Unabhängigkeit von Müttern muss weiterhin deutlich verbessert werden. Insbesondere die geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit über den gesamten Lebensverlauf muss in all ihren Facetten noch weiter gestärkt werden.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage. Die Fragen und Antworten beziehen sich zuvorderst auf geschlechtsspezifische Sachverhalte.

E. Beteiligung / Abstimmung

Der Antwortentwurf ist mit der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa und der Senatorin für Kinder und Bildung abgestimmt. Die Abstimmung mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz ist eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 15.03.2022 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.